als bisher die Predigt von der Unvernunft des Krieges und von der Möglichkeit seiner Abschaffung durch internationale Verträge ins Volk zu tragen. Nach den Vorgängen der letzten Monate, nach den Kundgebungen der europäischen öffentlichen Meinung beim Londoner Friedenskongreß und bei der Interparlamentarischen Union scheint es an der Zeit, dem deutschen Volk zu sagen, daß es seine Feinde nicht in benachbarten Nationen, sondern in gewissen zum Kriege stachelnden Cliquen des Auslandes wie des Inlandes, nicht zum letzten auch in einer gewissenlosen, kriegshetzerischen Spielart der Presse zu suchen habe. Durch seine Neigung zum Argwohn schließt sich das deutsche Volk nur zu leicht von den Wohltaten aus, die dem übrigen Europa aus einem zusehends erstarkenden Zusammenschluß erwachsen. Dieser Zusammenschluß vollzieht sich automatisch und zielt nicht etwa auf die Isolierung Deutschlands ab. Es ist Deutschland selbst, das sich isoliert, sehr zum Leidwesen seiner weniger „national" gesinnten, angeblichen Feinde. Diesen Sachverhalt insonderheit gedenkt der Schückingsche Vortrag zu beleuchten.

Das abgeschaffte dritte Dienstjahr.

Die Kriminalität im Heere ist in fortdauerndem Rückgang begriffen. Einen untrüglichen Beweis hierfür bietet die starke Abnahme der Bestrafungen im Gardekorps, die nach Einführung der zweijährigen Dienstzeit eingetzte und seitdem auch nicht zum Stillstand gekommen ist. Bei der Garde besteht, zum Unterschied von den Truppen der Linie, die Einrichtung, daß die mit Gefängnis bestraften Mannschaften sowie auch die zu Degradation verurteilten Avancierten nach Abbüßung der Strafe nicht wieder zu ihrem Truppenteil zurückkehren, sondern der Disziplinarabteilung überwiesen werden. Bei dieser verbleiben sie bis zum Abschluß ihrer Militärdienstpflicht; nur bei sehr guter Führung werden sie, sobald sie keine ehrenrührige Strafat begangen haben, wieder in ihren Truppenteil eingereiht. Früher bestand die Disziplinartruppe aus zwei Abteilungen; eine befand sich in Koblenz, solange diese Stadt noch der Garnisonort des Gardegrenadierregiments Königin Augusta war; die andere Abteilung hatte ihren Standort immer in Spandau. Es gab früher durchschnittlich immer 90 bis 100 Disziplinarsoldaten; diese Zahl hat sich seit dem Bestehen der zweijährigen Dienstzeit von Jahr zu Jahr vermindert. Heute besteht die eine noch vorhandene Disziplinartruppe — die Koblenzer wurde vor längerer Zeit mit der Spandauer vereinigt — die im Fort Hahneberg untergebracht ist, aus 20 Soldaten. Es war schon immer bekannt, daß die meisten Uebeltäter beim Militär zu den in dritten Jahre dienenden Mannschaften gehörten; die eingetretene Besserung der kriminellen Verhältnisse in der Armee beweist das von neuem.

Sie werden immer wilder.

Die soziale und politische Vereinigung englischer Frauen hielt in Camdden Town eine massenhaft besuchte Versammlung ab, während deren eine bemerkenswerte Drohrede gegen den Ministerpräsidenten gehalten wurde. Die bekannte Frauenrechtlerin New sagte, daß sie und alle, die die Freiheit der Frauen wünschen, müde seien, vor den Türen der Minister zu warten, und daß ihre Vereinigung den Beschluß gefaßt hätte, im Falle einer noch längeren Verzögerung des Frauenwahlrechts in bedeutend aggressiverer Weise gegen das Ministerium vorzugehen. Eine andere Rednerin sagte, daß die fortschrittlichen Frauen Englands bereit wären, gegen den Ministerpräsidenten in einer bisher ungekannten Art und Weise vorzugehen, wenn nicht binnen vierzehn Tagen das Frauenwahlrecht bewilligt oder zumindest eine bindende Erklärung von seiten des Ministeriums erfolgt sei.

Durch nichts ist bisher die Sache des Frauenstimmrechts so sehr geschädigt worden wie durch die wildgewordenen „Suffragettes" in England.

Bukarest, 5. Oktober. **Das Befinden des Königs** bessert sich mit jedem Tage. Der König ist täglich mit Staatsgeschäften beschäftigt.

Rio de Janeiro, 6. Oktober. **Der Ausstand in Santos** ist beendet.

6. Preußischer Städtetag.

(Telegraphischer Bericht.)

Königsberg, 6. Oktober.

2. Verhandlungstag.

Viel besprochen wurden auf dem Städtetage die zeitpolitischen Anspielungen der gestrigen Festvorträge. Im Referat des Professors Dr. Preuß bezogen sie sich auf Dreiklassenwahlrecht und Hausbesitzerprivileg in den Kommunen und die Eingriffe in die Selbstverwaltung. Sie fanden in den Vertretern der Staatsbehörden aufmerksame, aber bewegungslose Zuhörer. Auch am Schluß der Rede des Professors Preuß enthielten sich die Regierungsvertreter jedes Zeichens des Beifalls. Anders bei dem Festvortrag des Hallenser Oberbürgermeisters Dr. Rive. Er erwähnte, daß Mitte des vorigen Jahrhunderts ein „heller" Kopf eine kommunale Gaststeuer vorgeschlagen habe, und daß anscheinend unser elektrisch erleuchtetes Zeitalter ganz im Banne dieses alten Finsterlings stände, ein Scherz auf Kosten des Reichsschatzsekretärs Sydow, den Herr v. Moltke freundlich belächelte. Als aber gar Dr. Rive die Fortschritte der Eingemeindungsbestrebungen besprach und äußerte, daß „nur über Berlin ein ministerieller Anstern seit vielen Jahren schweigend schwebe", lachte der Minister des Innern hell auf und nickte dem Redner, der ein Schwiegersohn des Berliner Oberbürgermeisters Kirschner ist, zu. Weiter wird auch nichts passieren!

Heute begann der Städtetag seine Verhandlungen mit der Erörterung der Frage: Stadterweiterungen durch Eingemeindungen. Referiert wurde von Stadtrat Dr. Hasse-Breslau und Oberbürgermeister Dr. Ackermann-Stettin.

Es wurde von beiden Rednern folgende Resolution vorgelegt:

„1. Die Vergrößerung der Städte im Sinne natürlichen Wachstums der Ansiedelungskomplexe ist nicht abhängig von der entsprechenden Erweiterung der Gemeindegrenzen. Eine Zunahme der städtischen auf Kosten der agrarischen Kultur läßt sich nicht verhindern, sondern es kommt darauf an, sie in gesunde Bahnen zu lenken.

2. Die den Grundprinzipien der Städteordnung entsprechende Anpassung der Gemeindegrenzen an das natürliche Wachstum vermehrt nicht, sondern vermindert die nationalen und sozialen Gefahren, die letzteres mit sich bringen kann. Sie sollte diesem nicht nur folgen, sondern ihm sogar ordnend voranzugehen.

3. Wo Vororte in die Lebensgemeinschaft einer Stadt eingetreten sind, entspricht daher ihre Eingemeindung den Interessen der Stadt, der Vororte und des allgemeinen öffentlichen Wohls.

4. In solchen Fällen muß die fehlende Zustimmung eines der Beteiligten zur Eingemeindung im öffentlichen Interesse ersetzt werden können.

5. Die Landkreise bilden Kommunalverbände, die nicht dieselben kommunalen Aufgaben wie die beteiligten Stadt- und Landgemeinden zu erfüllen haben, und sind daher vom Gesetz mit Recht als unbeteiligt bei der Neuordnung der Gemeindegrenzen behandelt. Inwieweit sie für ihre freiwillig übernommenen Lasten von der eingemeindenden Stadt eine Abfindung zu erhalten haben, muß ohne Einfluß auf die Eingemeindung selbst bleiben und ist von einer unparteiisch urteilenden Behörde nach Billigkeit zu entscheiden.

Kunst und Wissenschaft.

Der Kaiser und das New-Yorker Deutsche Theater.

Wie aus New-York gemeldet wird, hat Kaiser Wilhelm II. an Direktor Baumfeld vom Neuen Deutschen Theater folgendes Telegramm gerichtet:

Der Leitung und den Künstlern vom Neuen Deutschen Theater übermittle ich für das mir zugegangene Begrüßungstelegramm meinen aufrichtigen Dank. Ich werde auch ferner die Entwicklung und den Erfolg Ihres Kunstinstitutes mit Interesse verfolgen und mich seines Gedeihens freuen. Möge das Institut dazu beitragen, die Achtung vor Deutschland und deutscher Kunst zu fördern, und möge es dazu dienen, deutsche Kultur jenseits des Ozeans zu verbreiten!

Frau Klara Meyer, Ehrenmitglied des Berliner Schauspielhauses, vollendet am Mittwoch das — man darf es ja wohl verraten — sechzigste Lebensjahr. Es ist schon ein ganzes Menschenalter her, seit wir einst als junge Leute für ihr Gretchen, ihr Klärchen, ihre Julia geschwärmt haben. Die Künstlerin ist am 7. Oktober 1848 als Tochter eines Fabrikbesitzers in Leipzig geboren. Ihre Ausbildung erhielt sie durch Professor Reichenbach, später durch Johanna Huber und Frau Frieb-Blumauer. Sie begann darauf ihre künstlerische Laufbahn in Dessau, wo ein Bruder von ihr als Schauspieler tätig war, blieb dort aber nur kurze Zeit. Schon 1871 kam sie auf Empfehlung der Prinzessin Friedrich Karl an das Berliner Schauspielhaus. Hier hat sie als erste Liebhaberin im Schauspiel wie im Lustspiel reiche und vielseitige Wirkungen erzielt; das sentimentale Fach lag ihr in gleicher Weise wie muntere Rollen. Als sie 1891 infolge ihrer Verheiratung die Hofbühne verließ, gab es einen ungemein herzlichen Abschied, und Frau Klara Meyer wurde damals zum Ehrenmitgliede des Schauspielhauses ernannt.

Das erste Sonntagskonzert des Schiller-Theaters findet Sonntag, 11. Oktober, mittags 12 Uhr im Schiller-Theater Charlottenburg statt. Das Programm enthält das Handelsche Quintettquartett und ein Beethovensches Streichquartett. Zwischen den beiden Kammermusikstücken wird Anton Sistermans Loewesche Balladen vortragen. Diese Sonntagskonzerte werden auch in diesem Winter in vierzehntägigem Zwischenraum zunächst an fünf Sonntagen stattfinden. Abonnements für den Zyklus dieser fünf Konzerte werden zum Preise von 2 und 3 Mark, einschließlich Garderobe und Programm täglich in den Billettabteilungen beider Schiller-Theater ausgegeben.

Wissenschaftliche Nachrichten. Dem Privatdozenten für innere Medizin an der Berliner Universität, Dr. med. Johannes Ruge ist der Professortitel verliehen worden. Dr. Ruge ist ein geborener Berliner.

Rohes Schabefleisch.

Nach dem Genuß von rohem Schabefleisch ist zu Pfingsten vorigen Jahres eine Anzahl Personen krank geworden, ein fünfjähriges Mädchen ist gestorben. Das Fleisch war am Pfingstheiligabend in dem Geschäft des Schlächtermeisters August Henkel in Boxhagen-Rummelsburg gekauft worden. Die Personen, die das rohe Schabefleisch gegessen hatten, erkrankten sehr bald an Erscheinungen, die darauf schließen ließen, daß das Fleisch verdorben war. Sie fühlten sich unwohl, bekamen Kopfschmerzen, Erbrechen und Durchfall. Bei einzelnen haben die Krankheitserscheinungen eine Woche und länger angedauert, bei manchen ist die volle Genesung erst nach etwa vier Wochen eingetreten. Die fünfjährige Tochter des Arbeiters Zimmermann verstarb nach dem Genuß des Schabefleisches am zweiten Pfingstfeiertage.

Die Hausfrauen, die das Schabefleisch für die Häuslichkeit zum Genusse zurecht gemacht hatten, hatten an dem Fleisch irgend etwas Auffälliges nicht bemerkt; weder der Geruch, noch der Geschmack war verdächtig, einzelnen Personen war es nur so vorgekommen, als ob das Fleisch etwas weichlich schmeckte. Ein kleines Stückchen des Fleisches, von dem die verstorbene kleine Zimmermann gegessen hatte, war an dem Einwickelpapier hängen geblieben und wurde sofort untersucht. Es wurde schweflige Säure darin gefunden; daraus wurde der Schluß gezogen, daß der Angeklagte Präservesalz (schwefligsaures Natron) verwendet habe, um dem Fleische ein frischeres Aussehen zu verleihen.

Der Schlächtermeister Henkel hat sich deshalb heute wegen fahrlässiger Körperverletzung mit Todesfolge und Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Der Angeklagte bestritt jedes strafbare Verhalten seinerseits und lehnte es besonders ab, jemals Präservesalz benutzt zu haben. Er ist seit zehn Jahren Schlächtermeister und dreiundzwanzig Jahre lang im Schlächtereigewerbe tätig; er beschäftigt zwei bis drei Gesellen und zwei Verkäuferinnen und versichert, daß in seinem Geschäft alles außerordentlich reell und gewissenhaft zugehe. Wie die Erkrankungen zu erklären seien, sei ihm unverständlich.

Festgestellt ist, daß die Personen, die das Fleisch gekocht oder gebraten genossen haben, in ihrer Gesundheit nicht geschädigt worden sind, andererseits sind auch mehrere Personen ermittelt worden, die gleichfalls von dem rohen Schabefleisch gegessen hatten, ohne krank zu werden.

Zu dem Verhandlungstermin sind über dreißig Zeugen geladen, außerdem als Sachverständige Gerichtschemiker Dr. Jeserich, Kreisarzt Dr. Schulz, Kreisarzt Dr. Beier, Medizinalrat Dr. Pfleger, die praktischen Ärzte Dr. Biermann und Dr. Saßnitz und der Handelschemiker Dr. Aufrecht.

Lokales.

Ueberaus rückständige Ansichten

über die Aufgaben einer modernen Großstadt uns insbesondere über die Ziele, die in Berlin zu erstreben sind, gab gestern in einer Versammlung des Bezirksvereins Königstadt ein Mitglied der Fraktion der Alten Linken, der Stadtverordnete Fähndrich zum Besten. Ueber die Sitzung wird uns berichtet:

Der Vortragende ging davon aus, daß das Gebiet der Stadt Berlin in absehbarer Zeit vollständig bebaut sein werde. Die Stadt werde dann etwa drei Millionen Einwohner haben, und da große Ausgaben für Neueinrichtungen nicht mehr notwendig wären (?) würden angenehme finanzielle Verhältnisse eintreten, die durch eine Eingemeindung der Vororte nur gefährdet (!) werden könnten. Die einzelnen Gemeinden würden nach der Eingemeindung große Ansprüche an die städtische Verwaltung stellen. An in Zustandekommen des Verkehrszweckverbandes glaube er nicht, weil die Vororte auch den Bau von Schnellbahnen als Verbandszweck festgestellt wissen wollen. — Er würde gern mit der Großen Berliner Frieden schließen. Die Stadt könne einen neuen Vertrag mit der Straßenbahngesellschaft schließen, in dem ihre Rechte erweitert und die Gewinnanteile erhöht werden müßten.

Diese Ausführungen stießen in der Versammlung mit vollem Rechte auf Widerspruch. Es wurde darauf hingewiesen, daß ein einheitliches Groß-Berlin in wirtschaftlicher Beziehung schon bestände und in kommunaler Hinsicht dringend notwendig sei. Ebenso würden die Verkehrsverhältnisse Groß-Berlins nur durch die Ausschaltung der „Großen Berliner" und Zusammengehen aller Gemeinden besser geregelt werden können.

Ueber derartige Ansichten, wie sie der Stadtverordnete Fähndrich entwickelte, könnte man ruhig zur Tagesordnung übergehen, wenn der Redner in der Berliner Stadtverordnetenversammlung vereinzelt dastände. Leider haben infolge des ungerechtfertigten Hausbesitzerprivilegs derartige Anschauungen einen viel stärkeren Rückhalt in der Berliner Stadtvertretung als es der Entwickelung Groß-Berlins zu einer modernen Großstadt zuträglich sein kann. Das eine geht jedenfalls aus den Ausführungen des Stadtverordneten Fähndrich mit aller Deutlichkeit hervor: Neben der Engherzigkeit und Kleinlichkeit der Staatsbehörden trägt das Berliner Hausagrariertum die Hauptschuld daran, daß die Mißstände auf dem Gebiete der Verwaltung und des Verkehrs, unter denen die Dreimillionenbevölkerung von Groß-Berlin auf das Empfindlichste zu leiden hat, weiterbestehen und sich von Tag zu Tag vergrößern.

Zu erregten Auseinandersetzungen

kam es in der letzten Sitzung im Steglitzer Rathause. Die Mieter-vertreter übten scharfe Kritik an der Gemeindeverwaltung. Besonders unangenehm zichen eine Anfrage des Gemeindeverordneten Radtke zu wirken, der um Auskunft bat über laut gewordene Gerüchte über Unregelmäßigkeiten beim Bau der Badeanstalt. Es sollen Ueberschreitungen des Kostenanschlages erfolgt sein, ohne daß man es für notwendig erachtet habe, die nach dem Gesetz erforderliche Genehmigung der Gemeindevertretung einzuholen. Die veranschlagte und ausgeführte Brunnenanlage habe unbrauchbares Wasser geliefert. Eine ursprünglich im Plan nicht vorgesehene Filteranlage sei geschaffen worden, diese solle sich überdies schon jetzt als ungenügend erweisen. Eine kurzerhand bestellte Pumpe hätte sich als unverwendbar erwiesen und sei gegen eine andere Maschine umgetauscht worden usw. Er verlange eine erschöpfende Aufklärung darüber. Der Bürgermeister Bührow lehnte es bezeichnenderweise ab, auf diese Anfragen Auskunft zu geben. („Keine Antwort ist auch eine Antwort", scheint hier zuzutreffen!) Er sagte die Kommissar seien noch mit der Prüfung der Angelegenheit beschäftigt.

Zu scharfen Zusammenstößen kam es aber, als der Gemeindeverordnete Oberst Gädke Namens der Mieterpartei den Antrag auf „Aufhebung des sogenannten Maulkorbgesetzes" stellte. Das sogenannte Maulkorbgesetz ist eine Bestimmung in der Geschäftsordnung, die den Gemeindevertretern in Steglitz verbietet, über Verhandlungen aus den Kommissionen in den öffentlichen Sitzungen oder der Oeffentlichkeit überhaupt etwas mitzuteilen. Sie wurde vor einigen Jahren von der Hausbesitzermehrheit geschaffen, um die sich rührig betätigende Opposition der Mieterpartei mundtot zu machen. Gädke beantragte, den Verschwiegenheitsparagraphen so zu fassen: „Geheimhaltung der Verhandlungen und Beschlüsse muß von Fall zu Fall beschlossen werden." Die Geheimhaltung diene jetzt nur dazu, die Arbeit der Mehrheit der öffentlichen Kritik zu entziehen und entspräche nicht den Wünschen der Wähler. Ein solcher Geschäftsordnungszwang sei ein Gewissenszwang für den einzelnen Gemeindevertreter. Die Politik im Steglitzer Rathause werde schon vorher in den Fraktionssitzungen der Mehrheitspartei fertig gemacht. Das sei eine Gewaltherrschaft, die sich die Wähler nicht bieten lassen würden. Die energische Begründung dieses Antrages rief ebenso lebhafte Entgegnungen von seiten der Hausbesitzer hervor, die in dem Organ ihrer Partei jetzt zu hämischen Herabsetzungen der Person Gädkes und zu dem unerhörten Vorwurf gelangt haben, daß frühere Vertreter der Minoritätspartei in unerhörter Weise ihr Amt als Gemeindevertreter gemißbraucht hätten, und daß sie nicht bei der Wahrheit geblieben wären. Wie wir hören, wird eine am Freitag, 9. Oktober im Albrechtshof stattfindende Versammlung sich mit diesen Anschuldigungen befassen und Stellung dazu nehmen.

Was dem einen recht ist, ist dem andern billig.

Aus Lehrerkreisen schreibt man uns:

Die „Berliner Volks-Zeitung" berichtete am 2. Oktober, daß man in den Berliner Pflichtfortbildungsschulen die Einrichtung getroffen habe, den abgehenden Schülern spezielle Belehrungen auf den Lebensweg zu geben. Hat unsere Kommune mit dieser Maßnahme einem schon lange als notwendig erscheinenden Bedürfnis Rechnung getragen, so sollte nun auch der Staat daran gehen, diese segensreiche Einrichtung auch anderen Schülergruppen zuteil werden zu lassen. Wir denken da zunächst an die Seminaristen, die zukünftigen Lehrer des Volkes, die mit wenigen Ausnahmen zum Zwecke ihrer beruflichen Ausbildung mit dem vollendeten vierzehnten Lebensjahre das Elternhaus verlassen müssen. Man läßt sie, namentlich in den Internaten, in fast klösterlicher Abgeschlossenheit heranwachsen. Hunger und Liebe, die beiden Pole, um die sich schließlich das ganze Leben dreht, werden im Erziehungsplan der Seminarien bisher so gut wie gar nicht in ihrem vollen Umfange berücksichtigt. Gewiß, zu verhungern brauchen die Seminaristen nicht, daß man aber die angehenden Volksschullehrer mit einer Art Kasernenkost im Essen und Trinken nicht verwöhnt, geschieht mit weiser Vorsorge für das spätere kärgliche Gehalt, das der Staat den Heranbildern einer neuen Generation zahlt. Zum Beten vor und nach dem Essen hält man sie an. Das ist aber nicht das einzige Beachtenswerte. Und die Liebe? Von der schließt man die Seminaristen hermetisch ab, soweit das geht. Ein offenes Wort über das Sexuelleben vermeidet man ängstlich. Wer trotzdem einen Fehltritt begeht, wird einfach entlassen.

So tritt denn der junge Mann mit zwanzig Jahren wie ein Fremder in die Welt hinein, meist in eine Dorfgemeinschaft, in der er oft auch außerhalb seines Berufes Berater sein soll. Ist es da ein Wunder, wenn er dann zuerst unsicher ist und zu schiefen Urteilen Veranlassung gibt? Daß er trotzdem fast immer ohne zu straucheln seinen Lebensweg geht, ist seiner Ausbildung gewiß nicht als Verdienst anzurechnen, sondern ein gutes Erbteil jener gesunden Volksschichten, aus denen sich der Lehrerstand noch immer vorzugsweise rekrutiert. Wieviel leichter würde er es haben, wenn man auch ihn aufklären würde!

Die Zahlungen eingestellt.

Die große Wurstfabrik von Louis Lehder, Charlottenburg, die 20 Ladengeschäfte in Berlin unterhielt, hat, wie die „Allg. Fleischer-Ztg." mitteilt, ihre Zahlungen eingestellt und sämtliche Verkaufsstellen geschlossen. Eine große Bank hatte die Vorräte, Einrichtungen und Maschinen usw. pfänden lassen, so daß die Eröffnung des Konkurses wegen Mangels an Masse vom Gericht abgelehnt wurde.

Ein grober Unfug.

Die Heilsarmee greift, um ihre Versammlungen zu füllen, zu immer absonderlicheren Mitteln. Durch drastische Einladungen mit rätselhaften Andeutungen soll die Neugier erweckt werden. Während zum Beispiel die Einberufung einer Versammlung mit dem Thema: „Was denkt Gott von Berlin?" geschmacklos ist, erscheint die jüngste Leistung der Heilsarmee auf diesem Gebiete geradezu als grober Unfug. Im Osten und Nordosten wurden Handzettel folgenden Wortlauts verteilt: „Prophezeiung! Weissagung! Ein neues Unglück steht Berlin bevor! Tausende werden davon betroffen werden! Vielleicht auch du! Wer näheres erfahren will, der komme in die Tonhalle des Ostens zur Heilsarmee."

An einer Brotkrume erstickt ist der ein Jahr alte Sohn Reinhold des Werkmeisters Müller aus der Herzbergstraße 11 zu.